Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 4 (1982)
Heft: 15

Artikel: Zu nobel für den Frieden
Autor: Dzieran, Wolfgang
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653405

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wolfgang Dzieran

Zu nobel für den Frieden

Ende Juni fand am Bodensee die traditionelle Lindauer Tagung der Physik-Nobelpreisträger statt. Während über die wissenschaftlichen Vorträge, die sich unter anderem mit Kosmologie, Elementarteilchentheorie und Laserphysik befaßten, in der Presse ausführlich berichtet wurde, fand die Verabschiedung eines Friedensmanifests kaum den Weg in die Öffentlichkeit. Die Tatsache, daß bisher nur knapp ein Drittel der an der Tagung anwesenden 30 Laureaten den Appell unterzeichnet haben, deutet auf ein noch weitgehend fehlendes Verantwortungsbewußtsein gewisser Wissenschaftler hin.

Montag, 28. Juni. „Gemeinsamer Abend" heißt die Monsterveranstaltung, bei welcher 500 Physikstudenten krampfhaft versuchen, mit 30 Koryphäen ihres Faches bei Käsespätzle und Bier ungezwungene Gespräche zu führen. Mit Hannes Alfvén werden jedoch kaum physikalische Fragen erörtert, keine tiefschürfenden Theorien über die Entstehung des Universums diskutiert, die Urknall-Hypothese nur am Rande erwähnt.
Ihn und uns bewegt etwas anderes: das Bewußtsein nämlich, als Naturwissenschaftler keine wertfreie Forschung betreiben zu können, sondern als Menschen und Glieder einer weltweiten Gemeinschaft in hohem Maß Verantwortung zu tragen für die politischen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen unseres Handelns. Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, auf die Gefahren eines Mißbrauchs der wissenschaftlichen Erkenntnis für Zwecke hinzuweisen, die nicht dem Wohl der Menschheit dienen. Dies betrifft insbesondere die Anwendung auf militärischem Gebiet, wo die in letzter Zeit angehäuften ungeheuren Vernichtungspotentiale eine verheerende atomare Katastrophe immer wahrscheinlicher machen.
Die Idee ist geboren: Die in Lindau versammelten Nobelpreisträger sollen ein Friedensmanifest unterzeichnen.
„Aus dem Bewußtsein, daß die Wissenschaften dem Wohle der Menschen dienen sollen und nicht der Zerstörung unserer Existenz, glauben wir, nicht länger zum weltweiten Rüstungswettlauf schweigen zu können."

Ich arbeite nicht zum Wohle der Menschen (Ein Nobelpreisträger)

Dienstag, 29. Juni. Etwa 20 Studenten von acht verschiedenen Universitäten (Kiel, Darmstadt, Freiburg, Münster, Düsseldorf, Mainz, Berlin, Bern) diskutieren einen in Nachtarbeit entstandenen ersten Entwurf zu einem Friedensmanifest, basierend auf einem bereits bestehenden Aufruf „Naturwissenschaftler gegen neue Atomraketen in Europa"*. Die Schwierigkeit besteht vor allem darin, den auf die besonderen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland ausgerichteten Text so umzuschreiben, daß sich Nobelpreisträger aus der ganzen Welt davon betroffen fühlen. Hannes Alfvén ist optimistisch, daß er, zusammen mit seiner Frau und Alfred Kastler, eine Mehrheit seiner Kollegen für die Idee eines Friedensmanifests begeistern könne. Zu unserem Erstaunen tritt er sogar für eine gewisse Verschärfung unseres Vorschlags ein. Vor allem legt er Wert auf die Verantwortung des Wissenschaftlers, seine Mitwirkung an der atomaren Rüstung zu verweigern.
Mittwoch, 30. Juni. Strittig ist noch die Frage, ob sich das Manifest gegen jegliche Rüstung oder nicht besser gezielt und ausschließlich gegen die atomare Aufrüstung richten solle. Auch die Einbeziehung der chemischen und biologischen Waffen ruft heftige Diskussionen hervor.
„Wir haben viele Jahre unseres Lebens der Forschung oder dem Studium gewidmet, getrieben von dem Wunsch, mit unse-

* Siehe WW Nr. 14, S. 60.

ren Erkenntnissen den Menschen ein glücklicheres Leben zu ermöglichen. Mit Entsetzen müssen wir aber feststellen, daß in zunehmendem Maß wissenschaftliche Erkenntnisse zu militärischen Zwecken Verwendung finden. Wir sind nicht bereit, uns daran zu beteiligen, und sehen es darüber hinaus als unsere Aufgabe an, vor dem Mißbrauch der Naturwissenschaften zu warnen."

Steven Weinberg wünscht, daß der letzte Satz gestrichen werde, da er seine Kollegen nicht moralisch verurteilen könne.

„Wir sind besorgt über die weltweite Entwicklung und Erprobung nuklearer Waffen und bestürzt über die zunehmende Bereitschaft von Politikern und Militärs, die Möglichkeit eines begrenzten Atomkriegs in Erwägung zu ziehen."

Bisher wollen erst fünf Nobelpreisträger unterschreiben: Es sind dies neben den Mitinitianten Alfvén und Kastler der Russe Peter Kapitza, der Japaner Leo Esaki sowie der Amerikaner Samuel Ting.

„Wir haben die Möglichkeit, die Folgen eines auch ‚nur' begrenzten nuklearen Krieges zu überschauen. Wir stehen in der Verantwortung, die Menschen aller Länder darüber aufzuklären, daß sie erkennen, daß ein solcher Krieg Millionen, wenn nicht Hunderte von Millionen Tote fordern wird, daß die Spätfolgen diejenigen der Opfer von Hiroshima und Nagasaki bei weitem übertreffen werden."

Durch die Neutronenwaffe werden keine Menschen getötet – nur Soldaten (Ein Nobelpreisträger)

„Wir wissen, daß jede weitere Aufrüstung und immer komplizierter werdende Waffensysteme die Wahrscheinlichkeit für menschliches und technisches Versagen vergrößern. Wir wissen auch, daß ein Atomkrieg nicht nur als Unglück über uns kommen kann: Viele Wissenschaftler in West und Ost sind heute damit beschäftigt, ihn bis ins Detail zu planen. Nach UNO-Angaben arbeiten 25 % aller Wissenschaftler direkt oder indirekt für Rüstungszwecke."

Rudolf Mössbauer, Piotr Kapitza
„Nur wenn zwei Russen unterschreiben"

Der letzte Satz wird von den Nobelpreisträgern zu einer nichtssagenden Floskel abgeschwächt:

„Viele Wissenschaftler in West und Ost sind heute im Teufelskreis der Konfliktbereitschaft gefangen, die ihren Ländern auferlegt werden kann. Ungeheure menschliche, wissenschaftliche, technische und natürliche Ressourcen, die zur Lösung der Menschheitsprobleme genutzt werden könnten, werden so sinnlos verschwendet."

Donnerstag, 1. Juli. Anläßlich einer (an sich wissenschaftlichen) Diskussion erklärt Steven Weinberg, umgeben von etwa 50 Studenten, nochmals, er werde unterschreiben, falls der Satz über die Beteiligung von Naturwissenschaftlern an militärischen Projekten gestrichen würde. In der Hoffnung, mit dem populären Weinberg die Stimmen einiger Amerikaner zu gewinnen, verzichten wir schweren Herzens auf diese entscheidende Stelle.

„Wir bitten deshalb alle Menschen, zusammen mit uns auf die Regierungen ihrer Länder dahingehend einzuwirken, daß ernsthafte Schritte zur Beendigung des Wettrüstens und zur Sicherung des Friedens unternommen werden."

Mainauer Appell 1955

Bereits 1955 wurde anläßlich einer Nobelpreisträgertagung am Bodensee ein Friedensappell veröffentlicht. Jahre bevor die Möglichkeit eines „Overkill" Realität wurde, hielten 18 Laureaten unter anderem fest: *„(. . .) Wir sehen mit Schrecken, daß die Wissenschaft der Menschheit die Mittel in die Hand gibt, sich selbst zu zerstören. Eine volle Anwendung der heute möglichen Waffen in Kriegszeiten kann die Erde mit so viel Radioaktivität infizieren, daß ganze Völker vernichtet würden. Diesem Tod können sowohl neutrale als auch kriegführende Nationen ausgesetzt sein. (. . .) Alle Nationen müssen zu dem Entschluß gelangen, auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik freiwillig zu verzichten. (. . .)"*

Ich habe noch nie so etwas unterschrieben, und ich werde es auch nie tun (Ein sehr alter Nobelpreisträger)

„Wir stehen mit unserem Friedensmanifest in der guten Tradition des Mainauer Appells von 1955."

Nicht einmal dieser Hinweis vermag die Bereitschaft zum Unterzeichnen wesentlich zu erhöhen. Nur James Meade (Thema: Stagflation: Maßnahmen könnten ergriffen werden, um die exzessive Ausübung der Monopol-Macht von Produzenten und Gewerkschaften zu zügeln, um sicherzustellen, daß die Produktion expandiert und dabei nicht Löhne und Preise steigen) sowie Brian Josephson (Thema: Intelligenz: Zwei bestehende Theorien, die Piagetsche Psychologie und die Wissenschaft der kreativen Intelligenz von Maharishi Mahesh Yogi, haben Vorstellungen geliefert, die allgemein für nützlich gehalten werden) befürworten das Manifest. Rudolf Mössbauer (Thema: Die Welt ist voll von Neutrinos: Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Frage, ob diese in vieler Hinsicht merkwürdigen Neutrinos, die die Erde wegen ihrer schwachen Wechselwirkung praktisch ungehindert durchdringen können, eine von Null verschiedene Ruhemasse haben) will nur unterschreiben, falls mindestens zwei Russen unterschreiben, obwohl nur einer anwesend ist. Andere, vor allem Amerikaner, weigern sich zu signieren, weil schon ein Russe unterschrieben hat.

„Wir fordern deshalb die Regierungen in West und Ost auf, ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel einer wirklichen Abrüstung zu führen.

Um einen Erfolg dieser Verhandlungen nicht durch Schaffung vollendeter Tatsachen zu gefährden, fordern wir, daß keine weiteren nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen stationiert oder produziert werden, insbesondere nicht im Zeitraum der Unterredungen.

Als erste vertrauensbildende Maßnahme sollten alle Kernwaffen-Staaten öffentlich auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen verzichten.

Wir halten es daher für sinnvoll, ein internationales Komitee aus namhaften Wissenschaftlern verschiedener Länder einzurichten, das die Lebensnotwendigkeit der Verhütung einer nuklearen Katastrophe aufzeigt.“

Don't Sign (Die Frau eines Nobelpreisträgers)

Bei einer abendlichen Sitzung der am Friedensmanifest interessierten Laureaten werden sämtliche Forderungen zugunsten einer vagen Formulierung gestrichen, wonach das Ziel von Verhandlungen „Stabilität“ sein solle (was immer dies auch bedeuten möge).
Diese Version findet die Unterstützung von neun Nobelpreisträgern. Auch Alfvén und Kastler sind umgekippt. Im Laufe des Abends erklärt jedoch Arno Penzias, der die „Laureaten-

Hannes Alfvén

Version“ mitformulieren half, er könne auch zu dieser nicht mehr stehen. Alfvén ist konsterniert. Schließlich stimmt er der Auffassung der Studenten zu, ein Manifest mit substantiellen Forderungen sei einem verwässerten Abklatsch vorzuziehen.
Freitag, 2. Juli. Traditionellerweise werden die Lindauer Nobelpreisträgertreffen mit einem Besuch der Bodenseeinsel Mainau abgeschlossen. Noch während der mehrstündigen Schiffahrt werden weitere Retouchen am Friedensmanifest angebracht, bis auch Tjalling Koopmans und Kai Siegbahn sich damit identifizieren können.
Für einmal bleibt die Schlußveranstaltung im gepflegten Blumenparadies von Graf Lennart Bernadotte nicht leeres Gerede. Im Schloßhof, vor versammelter Teilnehmerschar, Presse und zufällig anwesenden Mainau-Touristen, verliest Alfvén das nach viertägiger, harter Arbeit zustandegekommene Friedensmanifest.
„Denn wir wollen eine Welt, in der die Völker ohne Angst vor Krieg in friedlichem Nebeneinander leben können, und daß die Ergebnisse und Denkmethoden der Wissenschaften ausschließlich zum Nutzen der Menschheit eingesetzt werden.“
„Die Erstunterzeichner: Hannes Alfvén, Leo Esaki, Brian Josephson, Peter Kapitza, Alfred Kastler, Tjalling Koopmans, James Meade, Kai Siegbahn, Samuel Ting.“
Um ihre Unterstützung des Friedensmanifestes kundzutun, wendet sich Gräfin Sonja, an der Seite ihres Mannes, mit einem eigenen Appell an die Öffentlichkeit: Sie fordert „alle Mütter der Welt“ leidenschaftlich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um künftige Kriege zu verhindern.
Die Geste unserer Gastgeber nimmt all jenen Kritikern den Wind aus den Segeln, die den Verfechtern des Friedensmanifests politische Manipulation einer wissenschaftlichen Veranstaltung und Mißbrauch des Gastrechts vorgeworfen haben.
Es ist nicht zu bestreiten, daß die Ausarbeitung und Verabschiedung des Friedensmanifests einen eminent politischen Akt darstellt. Obwohl der unmittelbare Erfolg (nicht zuletzt wegen ungenügender Vorbereitung) ziemlich bescheiden erscheint, ist es doch gelungen, aus der Vielzahl von Meinungen einen Text zu formulieren, der in seinen wesentlichen Aussagen als Grundlage für weitere politische Aktionen dienen kann. Dieses ist zumindest das Ziel der beteiligten Studenten. Auf einem weiteren Treffen im August wurde vereinbart, den entstandenen lockeren Zusammenschluß aufrecht zu erhalten. Gedacht ist an einen Informationsaustausch über friedenspolitische Aktivitäten an den Hochschulen, an die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Für den 4./5. Dezember wird ein Treffen in Mainz geplant. Eingeladen sind dazu besonders die bestehenden Friedensinitiativen in den Physik-Fachbereichen. Nähere Informationen sind erhältlich bei Wolfgang Liebert, Bülowstr. 14, 4000 Düsseldorf 30, Tel.: 0211/485856, oder Wolfgang Dzieran, Alsenstr. 5, 2300 Kiel, Tel.: 0431/568605.

Nobelpreisträger

- Hannes Alfvén, Stockholm/Schweden, geb. 1908. Nobelpreis für Physik 1970.
- Leo Esaki, Yorktown Heights, N.Y./USA, geb. 1925 in Osaka/Japan. Nobelpreis für Physik 1973.
- Brian Josephson, Cambridge/GB, geb. 1940. Nobelpreis für Physik 1973.
- Peter Kapitza, Moskau/USSR, geb. 1894. Nobelpreis für Physik 1978.
- Alfred Kastler, Paris/Frankreich, geb. 1902. Nobelpreis der Physik 1966.
- Tjalling Koopmans, New Haven/USA, geb. 1910 in 'S Graveland/Niederlande. 1975 Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.
- James Meade, Cambridge/GB, geb. 1907. 1977 Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.
- Rudolf Mössbauer, Garching bei München, geb. 1929. Nobelpreis für Physik 1961.
- Arno Penzias, Holmdel, New Jersey/USA, geb. 1933. Nobelpreis für Physik 1978.
- Kai Siegbahn, Uppsala/Schweden, geb. 1918. Nobelpreis für Physik 1981.
- Samuel Ting, Hamburg/BRD, geb. 1936 in Ann Arbor/USA. Nobelpreis für Physik 1976.
- Steven Weinberg, Cambridge/USA, geb. 1933. Nobelpreis für Physik 1979.

Das Kölner Pausenzeichen

Freie Radios

Unter den Freien Radios rumort und gärt es. Immer mehr Piratensender befürchten in wöchentlichen Minisendungen immer nur dieselbe Scene zu erreichen und dabei langsam, aber sicher im eigenen Saft zu verschmoren. Das Stichwort Legalität macht die Runde. Christoph Busch vom Freundeskreis Radio Fledermaus, Münster, hat es unternommen, einmal an den Wünschen und nicht an den Verhältnissen orientiert Spielregeln zu entwerfen, nach denen ein legales Freies Radio funktionieren könnte. Er stellt damit nicht den Konsens aller bundesdeutschen Piraten her, sondern vertritt *eine* Position der unterschiedlichen Meinungen.

Radio Zebra aus Bremen, eines der Vorzeigeradios unter den Freien, kommt auf Grund seiner langen Erfahrung im illegalen Sendebetrieb und fühlbaren Bekanntschaften mit den Hütern der Legalität zu einem ganz anderen Schluß. Für Radio Zebra ist gerade die Illegalität eine Quelle, um Kreativität und Kraft für scharfe, unzensierte Auseinandersetzungen zu schöpfen.

Gemeint sind diese Beiträge nicht als eine Darstellung sich gegenseitig ausschließender Arbeitsweisen, sondern, so wurde uns versichert, als klärendes Abstecken von unterschiedlichen und gemeinsamen Positionen auf dem Weg eines gemeinsamen Widerstandes gegen das herrschende Rundfunkmonopol.

Christoph Busch

Spielregeln

Freie Radios melden sich in wachsender Zahl und Geschwindigkeit zu Wort. Nichtmal die „Provinz" von Regensburg (**Freie Schnauze**) bis Emden (**Störtebecker**) kann die Ruhe bewahren. Dennoch sind die Freien Radios bisher Zwerge im bundesdeutschen Medienwald: Kurze Sendungen mit großem Aufwand, geheimnisvolle Männlein und Weiblein, die Taschen voller Transistoren, huschen von Standort zu Standort. Dann krächzt es wieder im Äther, einmal die Woche an einem bestimmten Tag zu bestimmter Stunde. Den meisten möglichen Hörerinnen und Hörern geht's recht biblisch – sie wissen weder den Tag noch die Stunde. Die Wissenden aber verschwitzen den richtigen Zeitpunkt, weil Radio eigentlich kein Termingeschäft ist. Verpaßt haben sie häufig nichts, vielleicht ein gehemmt vorgetragenes Flugblatt, die Nachbereitung der letzten Stadtblattausgabe, „fasse dich kurz".

Einen Großteil Verantwortung für die momentane Mickrigkeit der Freien Radios trägt das „Fernmeldeanlagengesetz". Ein völlig unpolitisches Gesetz – natürlich –, das auch die Nachrichtenübermittlung mittels Taschenlampe unter Bundeshoheit und Strafe stellt.

Die Zwickmühle ist aufgebaut: Auf der einen Seite ideale Konzepte vom Umgang mit dem Radio – auf der Straße aber flitzen Post und Polizei mit ihren so ganz anderen Vorstellungen! Statt die gegenwärtige Praxis mit den Möglichkeiten Freier Radios zu verwechseln, ist es an der Zeit, sich bessere Arbeitsbedingungen für Freies Radio auszudenken und auszuprobieren, die eine größere Annäherung an das „Ideal" erlauben, dessen Kenntnis hier vorausgesetzt wird.

Welche Rolle könnten die Regeln spielen?

Was aus den Freien Radios wird, scheint niemanden so recht und erst recht nicht öffentlich zu interessieren: Die gängige Presse stürzt sich auf den Sensationseffekt der ‚Illegalität', die „Husarenstücke der Piraten". Kritische Leute ringen mit dem Glasfaserkabel und übersehen den praktischen Verweis auf die bisher unterdrückten Möglichkeiten des Radios. Verschiedene Bürgerinitiativen haben sich zwar des öfteren und erfolgreich der Freien Radios bedient, aber eben im Sinne einer vorübergehenden Dienstleistung und nicht mit der Perspektive, das Radio neuer, dezentraler, ständiger, freier Verfügung zuzuführen. Die junge „Medienökologie" bewegt sich noch in höheren Sphären, und der Bundesverband der Bürgerinitiativen träumt von Sendezeiten im „richtigen" Radio oder hofft, daß ein Bürgerkanal abfällt. Es gilt, aus dem schrittweisen Rückzug vor der „offiziellen" Medienpolitik raus- und zu Gegenmodellen zu kommen. Die Freien Radios sind auf die Stellungnahme, Einfälle und Unterstützung aller angewiesen, die bisher neugierig bis skeptisch den Artisten auf dem UKW-Band zuschauen.

Der Vorschlag für ein **Lokales Freies Radio** soll kein wasserdichter Gesetzentwurf sein, der alle Eventualitäten und möglichen Schwierigkeiten berücksichtigt. Ziel ist vielmehr, die Grundsätze, wie sie sich die Freien Radios in ihrer Freiburger Erklärung im Herbst '81 zueigen gemacht haben, so zu fassen, daß ihre Um- und Durchsetzung vorstellbar wird: Wie läßt sich z.B. der freie, direkte Zugriff gewährleisten? Wie soll sich ein Radio ohne Werbung finanzieren? Die Konkretisierung der Grundsätze soll zumindest auf dem Papier „anschaulich" zeigen, daß Freie Radios kein weltfremder Spinnkram sind, daß sie „realistisch" im Sinne von „machbar" sind.

Legal oder illegal?

Die Vorstellung von Regeln, mit denen die Freien Radios legal leben könnten, demonstriert auch, daß die ‚Illegalität' keine Kreation der „Piraten" ist. Ihnen blieb erstmal nichts anderes übrig.

Die sich mehrenden Regelverletzungen der Freien Radios signalisieren eine geänderte gesellschaftliche Lage, der die Gesetze immer hinterherhinken (siehe § 218).

Ändern wird sich die Gesetzeslage für den Rundfunk sicherlich bald. Was bisher an Gesetzentwürfen in Umlauf ist – z.B. in Baden-Württemberg –, bietet Konstrukte, die den Funk dem privaten Unternehmertum in einer Weise ausliefern, daß auf den ersten Blick mittels Gremien und Ähnlichem gewisse Parallelen zu den bestehenden Anstalten gewährleistet scheinen. Die geplanten Kontrollen dienen aber weniger dem Zugriff gesellschaftlich relevanter Gruppen auf das Medium als der Verhinderung eines allzu plumpen gewerblichen Zugriffs und der Sicherung eines sauberen Marktes für die „richtigen" Leute. Der hier gemachte Vorschlag für einen Gesellschaftsfunk in privater Trägerschaft will beweisen, daß Freie Radios die Privatfunkauflagen nicht nur buchstabengetreu, sondern dem Sinne nach und in weit größerem Umfang erfüllen können, als sich die Höchstrichter oder die Erfinder des öffentlich-rechtlichen Funks jemals erträumt haben.

Ob aus den Spielregeln jemals sowas wie ein Gesetz wird, d.h. ob Freie Radios legalisiert werden oder weiterhin unter Deck bleiben müssen, spielt für die genannten Aufgaben des Vorschlags erstmal keine Rolle. Dennoch sollen die Haken, die eine gesetzliche Regelung hätte, nicht unerwähnt bleiben.

In Stichworten:

- Institutionalisierung, kritiklose Anpassung und Erschlaffen der Spontaneität im Dauerbetrieb;
- trotz aller Vorsicht indirekter Einfluß von Parteien und

Werbeindustrie;
- über die presserechtliche Verantwortung findet die Gesetzesschöpfung jüngeren Datums auch aufs Radio Anwendung
- Zensur und Selbstzensur;
- Gema-Gebühren . . .

Demgegenüber stehen: die gegenwärtige Unmöglichkeit, Freies Radio zu machen, das diesen Namen verdient, an das jeder rankann, das jeder benutzen kann, in dem die Kommunikation ihre Richtung verliert. Und die handfesten Einschränkungen, die gerade durch die ‚Illegalität' verursacht werden: die knallharte „Zensur" durch Post und Polizei; die Selbstzensur der Radios, weil sich das Risiko „lohnen" muß; die Einschränkung der Entscheidungsfreiheit durch die Erfordernisse der Konspiration und den technischen Wettkampf mit den Peilern.
Angeregt durch den Regelvorschlag, wurden auf dem letzten Treffen der Freundeskreise der Freien Radios die Vor- und Nachteile einer Legalisierung abgewogen. Eine Vielzahl der Radios ist der Ansicht, daß ihnen der Wegfall der Heimlichtuerei die besseren Arbeitsbedingungen böte und eine gesetzlose Duldung nach italienischem Muster nicht ausreicht, sondern zum Ausverkauf des Äthers führt. Eine gemeinsame Position der lockeren **Assoziation der Freien Radios** ergab sich jedoch noch nicht und soll sich in der nächsten Zeit aus der weiteren Auseinandersetzung in den einzelnen Radiogruppen entwickeln.
Klar ist, daß die ‚Illegalität' keine „erkämpfte" Errungenschaft der Freien Radios ist. Sie haben sich das Recht genommen, trotzdem zu senden. Wenn Freies Radio nicht das Vorrecht einer risikobereiten Avantgarde bleiben soll, muß es aus dem Versteck raus. Wesentlich für die weitere Entwicklung der Freien Radios bleibt in jedem Fall ihre Praxis, legal oder ‚illegal'. Und die „illegale" Arbeit kann den Radios niemand nehmen, wenn sie sich aus Gründen der inhaltlichen Zensur als unumgänglich erweist. So wie es heute auch Flugblätter ohne presserechtliche Verantwortung gibt. Noch beginnt beim Radio die Zensur aber schon bei der Technik, so als wäre der Besitz einer Abzugmaschine oder die Benutzung eines Fotokopierers strafbar.

Vorschlag für ein Lokales Freies Radio

I. Ziele und Programm

Lokale Freie Radios dienen der Unterhaltung, der Informationsvermittlung, der Meinungsäußerung und dem gemeinsamen Diskussionsprozeß gerade derjenigen Personen und Personengruppen, die zu den traditionellen Medien keinen oder nur stark begrenzten Zugang haben. Ziel ist, einen Austausch zwischen isolierten, unterschiedlichen Lebensbereichen und gesellschaftlichen Gruppen in Gang zu setzen, somit die soziale und kulturelle Weiterentwicklung zu fördern und gemeinsames emanzipatorisches Handeln anzuregen.
Zu diesem Zweck werden Programm und Struktur des Lokalen Freien Radios durch die Möglichkeit des direkten Zugriffs und der aktiven Verfügung seitens der Hörerinnen und Hörer bestimmt.
Hierzu dienen:
- die Begrenzung der Reichweite auf den lokalen Raum;
- ein Programm mit lokalem Schwerpunkt;
- ein offenes Programm.

Wenigstens die Hälfte des Programms muß Gelegenheit zu Telefonanrufen geben, die direkt ausgestrahlt werden (offenes Mikrofon).
Die Erstellung der Programme erfolgt nach Möglichkeit durch freiwillige, kontinuierlich arbeitende Produktionsgruppen.
Die presserechtliche Verantwortung tragen die jeweiligen Produzentinnen/Produzenten/Produktionsgruppen.
Eine Zensur findet nicht statt.
Die Bindung der Freien Radios an den lokalen Raum wirkt sich mehrfach aus:
1. Sie ist Grundvoraussetzung für die Annäherung zwischen Informanten und Informierten, für den direkten Zugriff und die Austauschbarkeit Sender–Empfänger;
2. sie gestattet die direkte gesellschaftliche Kontrolle (siehe dort) und ist somit
3. die Basis für einen im Vergleich zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten andersgerichteten Informatonsfluß und eine unterschiedliche Informationsaufgabe.

II. Trägerschaft und Entscheidungsstrukturen

- Träger ist ein Verein, eine Genossenschaft. Die Mitgliedschaft steht allen Bürgern/Bürgergruppen offen, die im Sendegebiet wohnen oder arbeiten.
- Dies gilt auch für die Mitarbeit im Produktionsforum. Nach dreimonatiger Mitarbeit kann jede/r Mitglied des Produktionsforums werden. Um den Zugang zur Mitarbeit zu erleichtern, werden regelmäßig entsprechende Kurse abgehalten.
- Oberstes Organ ist die Vollversammlung (Mitglieder und Produktionsforum). Die Vollversammlung trifft alle grundsätzlichen Entscheidungen hinsichtlich Technik, Finanzen und Programm.

Hobby-Set für Bastler

Wir haben einen Bausatz für einen 5-Watt-Sender entwikkelt: unauffällig, handlich, leicht zu bedienen und ohne schwere Batterien. Paßt mit Körperantenne und Batterie noch unter jeden Ostfriesennerz.
Bei 40 m Höhe könnt Ihr mit einer Reichweite von 20 km rechnen, vom 4. Stock eines Wohnhauses sind es ca. 5 km, zu Fuß mit Körperantenne 500 m.
Das ausgesendete Signal ist sauber und läuft auch bei Erwärmung nicht merklich weg. Der Sender hat einen Mikro- und einen Recorder-Eingang, die umschaltbar sind. Der Sender braucht 12 Volt und zieht 800 mA. Mit 10 wiederaufladbaren Mignonzellen läuft er 15 Minuten.

Wer den Sender zusammenbauen will, muß schon über einige Bastelerfahrung verfügen und eine ruhige Hand haben. Ihr solltet schon mal eine Platine bestückt haben, gut löten und bohren können. Besondere Hochfrequenzmeßgeräte sind nicht notwendig. Ihr braucht nur eine künstliche Antenne, die nach der beiliegenden Beschreibung leicht nachzubauen ist. Ein (billiges) Vielfachinstrument sollte vorhanden sein. Sinnvoll ist die Anschaffung eines Stehwellen/Leistungs-Meßgerätes, das bis zu 150 Mhz brauchbar sein muß.
Den Bausatz für den Sender gibt es komplett für 140 DM im linken Buchhandel. 20 DM davon sind Vertriebskosten. Auf demselben Weg, wie Ihr den Bausatz bestellen könnt, gibt es auch fertige funktionierende Sender. Sie kosten ca. 450,– DM.

Ein Querfunker

Zwischen den Vollversammlungen und in Bindung an deren Beschlüsse wählt die Vollversammlung diejenigen Personen, die eine technische und organisatorische Kontinuität gewährleisten sollen, das Team. Das Team ist an die Weisungen der Vollversammlung bzw. des Produktionsforums gebunden und jederzeit abwählbar.
- Parteien und andere Verbände können als solche kein Lokales Freies Radio betreiben.
- Jede Rechtsperson darf nur einen Sender betreiben. Besitzverflechtungen zwischen Sendern sind unzulässig.

Gesellschaftliche Kontrolle

Bei den Freien Radios kann der (nicht nur wegen der Verfassungsgerichtsurteile) notwendige gesellschaftliche Bezug einen anderen Charakter haben. Dank „Zweiweg"-Konzept und der daraus resultierenden Beschränkung auf den lokalen Raum erübrigt sich die Entsendung von Stellvertretern in Gremien. Stattdessen kann die gesellschaftliche Kontrolle direkt von jeder Hörerin, jedem Hörer – die sich ja jederzeit über die allen offenstehende Mitgliedschaft aktivieren, zu Entscheidungsträgern machen können – über die Vollversammlung wahrgenommen werden.

Pluralismus

Hierfür ergäbe sich folgende Mischform:
1. Außenpluralismus: Infolge der Beschränkung auf den lokalen Raum und die entsprechende Sendeleistung ist die Arbeit mehrerer Sender mit unterschiedlicher Tendenz in ein und derselben technischen Region möglich. Bei einer angenommenen Reichweite von 30 Kilometern wäre allein auf den bisher ziemlich brachliegenden Frequenzen zwischen 100 und 108 MHz Platz für ca. 20 Sender. Wenn man annimmt, daß ein Sender nicht immer 24 Stunden lang von einem Radio/einer Radiogruppe benutzt wird, vervielfachen sich die Möglichkeiten.
2. Binnenpluralismus: direkt durch die Eingriffsmöglichkeiten per Mikro- oder Telefon, wobei Anrufer eben nicht vorgeprüft und auf Linie gebracht werden, wie bei den Anstalten üblich.

III. Finanzen
- Lokale Freie Radios arbeiten ohne Gewinnerzielungsabsicht. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge (freiwillige „Gebühren"). Spenden dürfen nicht mit Auflagen – vor allem hinsichtlich des Programms – verbunden sein.
- Werbung ist weder in direkter noch in indirekter Form zugelassen.
- Die wirtschaftliche oder besitzrechtliche Verflechtung mit Gewerbebetrieben oder Rechtspersonen ist nicht gestattet.
- Die Finanzen und Geldquellen sind offenzulegen.

Mitgliedsbeiträge verlangen eine Stellungnahme der Hörerinnen und Hörer und sind ehrlich: Sie gaukeln keine Geschenke, Kaffeefahrten per Radio vor, die eine Konsumhaltung noch verstärken und für die schließlich doch unauffällig zur Kasse gebeten wird. Und auch durch Mitgliedsbeiträge lassen sich beträchtliche Summen aufbringen. Bei dem **Coop-Radio** in Vancouver mit ca. 4000 mehr oder weniger aktiven Mitgliedern sind es ca. 100.000 DM jährlich, die mit einer Marathon-Sende-Woche noch beträchtlich aufgestockt werden.

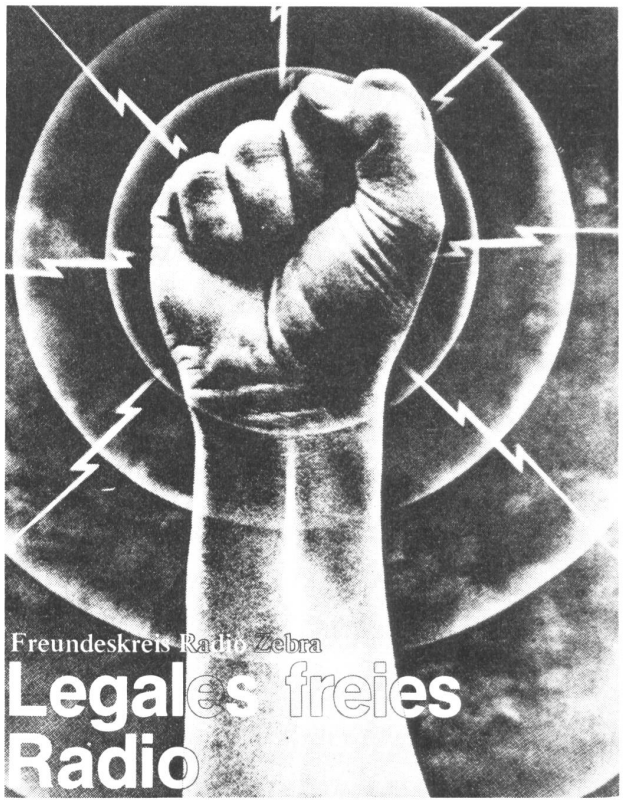
Dolchstoßlegende

Entscheidend für die zögernde bis ablehnende Haltung vieler ansonsten recht rühriger Leute gegenüber den Freien Radios ist die Auffassung, daß die „Piraten" den Öffentlich-Rechtlichen bei der Verteidigung des Rundfunk-‚Monopols' in den Rücken fallen.

Um dieses Vorurteil auszuräumen, sei auf den ursprünglichen Schutzzweck des Monopols verwiesen:

Sinn des ‚Monopols' ist nicht der Schutz technischen Knowhows oder irgendwelcher Profitinteressen, sondern der Schutz des Mediums vor den Eingriffen des Staats, der Parteien und des Kapitals – der seltene Fall eines Monopols, das „dem Volke" und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen dienen soll.

Auf den zunehmenden Druck von Kapitalwünschen reagieren die Anstalten nun aber nicht etwa mit einer Rückbesinnung auf die Aufgabe des ‚Monopols', wodurch sie ihr Plus gegenüber dem Kommerzfunk deutlich machen und Verteidigungsbereitschaft wecken könnten. Nein, mit Servicewelle, Live-Amputationen, Funkwerbung und Kooperation mit dem Medienkommerz (z.B. ZDF/RTL) beschleunigen sie noch den Sinnverlust des ‚Monopols'. Die Freien Radios machen die Selbstverstümmelung des öffentlich-rechtlichen Funks (und die damit einhergehende Beschneidung der Bürgerinteressen) hörbar und versuchen, die abbröckelnden Positionen des ‚Monopols' – Staats-, Partei-, Kommerzfreiheit – instandzubesetzen.



Die Frage, ob wir ein legales oder ein illegales Radio wollen, ist eine politische Entscheidung. Das heißt, entscheidend ist das Ziel unserer politischen Arbeit, und das ist für uns die totale Umwälzung der hier bestehenden Verhältnisse und nicht nur die Verwirklichung von bestimmten Reformen. Das heißt aber nicht, daß das Radio bloß Mittel ist, sondern es ist bereits allein durch seine Existenz eine Kampfansage an staatliche Bevormundung und Enteignung der Kommunikation. Und um uns nicht bevormunden zu lassen und uns in Zwänge zu begeben, haben wir uns das genommen, was wir brauchen, das heißt, ein Radio, das endlich Minderheiten zu Wort kommen läßt und womit wir unsere politischen Ziele und Interessen

in einer weiteren Form, neben Flugblättern, Aktionen, Zeitungen, Demos usw. verbreiten können. Legalisierung heißt Unterordnung unter die Gesetzgebung; heißt Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung bei Inhalten, die gegen die Strafgesetze verstoßen. Strafrechtlich werden wir zwar im Moment auch verfolgt, aber das ist das abschätzbare Risiko, das wir eingehen wollen. Gerade durch die Illegalität bleiben die Betreiber anonym, und es wird uns ermöglicht, die Inhalte zu senden, die wir wollen. Die Illegalität schützt uns auch davor, unsere Sendungen durch den Kopf des Gegners zu filtern. Die Schere im Kopf – bewußt oder unbewußt –, wie wir sie von den öffentlich-rechtlichen Sendern nur zu Genüge kennen, fällt weg.
Ein weiterer wichtiger Punkt, der diese politische Entscheidung für die Illegalität weiter untermauert, ist, daß dadurch vorhandene gesellschaftliche Widersprüche nur verschleiert werden. Es wird so getan, als wenn auch in diesem System eine freie Meinungsäußerung möglich wäre, wobei einfach ignoriert wird, daß dem Strafgesetze entgegenstehen. Jeder soll sich in eine Sendung einschalten können oder selbst eine machen können und dabei seine politische Meinung sagen können, wie er will. Dem wird nicht so sein! Die Legalisierungsdebatte um Freie Radios erinnert an die Diskussion um die Parlamentarismusfrage. Hier wie da wird versucht, möglichst viele Kräfte an einen legalistischen Weg zu binden. Denn eine Legalisierungskampagne würde ebenso wie die Wahlkämpfe der Grünen/Alternativen starke Kräfte binden, wobei doch nur Scheingefechte ausgefochten würden, die uns auf dem Weg zur Umwälzung der Verhältnisse keinen Schritt vorwärts bringen würden, sondern uns im Gegenteil durch die Verschleierung der gesellschaftlichen Widersprüche sogar auf diesem Weg behindern, wenn nicht sogar zurückwerfen würden.

Einschränkungen durch die Illegalität

Diese politische Entscheidung für ein illegales Radio kann durch die sicherlich vorhandenen Einschränkungen, denen ein illegales Radio zur Zeit ausgesetzt ist, nicht umgestoßen werden. So ist das illegale Radio zur Zeit dadurch begrenzt und in seiner Effektivität eingeschränkt,

- daß nur eine beschränkte Sendezeit möglich ist,
- daß ein freier Zugang nicht möglich ist,
- daß der Empfang zum Teil schlecht ist,
- daß durch diese Bedingungen die aktive Beteiligung begrenzt ist,
- daß die Illegalität teilweise eine aktive Beteiligung behindert (z.B. wenn Leute Angst haben, daß ihre Stimme erkannt wird),
- und natürlich auch, daß die Betreiber gefährdet sind.

Diese Punkte stellen die Begrenzung durch die Illegalität dar und zeigen auch, daß wir noch weit von einem wirklich FREIEN Radio entfernt sind. Daher verstehen wir unser illegales Radio, so wie wir es jetzt nutzen, als Propaganda der Tat, als den Versuch, ein freies Radio für wenige Minuten soweit wie möglich vorwegzunehmen.
Eine Ursache der teilweise geringen Nutzung der illegalen Radios liegt unserer Meinung nach auch darin, daß den Menschen dieses Medium noch zu neu und ungewohnt ist. Sie hatten nie die Gelegenheit, sich selbst in einem Radio zu äußern, und ebenso haben sie noch zuwenig gelernt, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und hierbei auch das Radio mit zu benutzen. Es erscheint uns auch mehr als fraglich, ob ein legales Radio, das ja mit einem Redakteursstamm arbeiten würde, gerade an diesem Problem etwas ändern würde, und wenn doch, dann mit Sicherheit auf Kosten der Inhalte, und das ist nicht unser Ziel. Hierein spielt auch die Frage, was wir erreichen wollen und welche Inhalte wir gesendet haben wollen. Unser Interesse ist es nicht, ganz allgemein der Bevölkerung einen Sender zur Verfügung zu stellen, wozu dann auch z.B. Faschisten oder die Schutzgemeinschaft Ostertor hier in Bremen, die gegen linke Gruppen hetzen, gehören würden. Unser Ziel ist es, die Leute zu erreichen, die sich kritisch mit diesem Staat auseinandersetzen. Mit ihnen zusammen wollen wir den Ist-Zustand in der BRD und der Welt diskutieren und analysieren und, wo es sinnvoll ist, gemeinsam Widerstand organisieren.

Radiogesetze – sich ein Stück vom großen Kuchen abschneiden

Aus dem Grund, weil die illegalen Radios es scheinbar nicht mehr bringen, soll jetzt, wo die neuen Radiogesetze auf uns zukommen, die Gelegenheit genutzt werden, uns ein großes Stück von dem Kuchen abzuschneiden, und es wird damit Panik gemacht, daß sonst keine Wellen mehr für uns vorhanden wären. Es ist doch ein Irrwitz zu glauben, daß die neuen Gesetze uns einen größeren Freiraum bringen würden. Bei realistischer Einschätzung der Chancen für ein Lokalradiokonzept in der BRD muß doch jedem klar sein, daß zwar ein Stadtteilradio mit etwas mehr Hörerbeteiligung, aber natürlich trotzdem ausgewogen, drin sein mag, aber doch kein Lokalradio mit auch nur annähernden Strukturen eines Freien Radios, so wie wir es uns vorstellen. Es wird uns also allenfalls ein geringfügiger Freiraum geboten, und das ist uns dann noch lange nicht genug.
Wir sind für die Befreiung der Wellen, und das geht nicht, indem wir sie fordern, sondern indem wir sie uns nehmen. Wir wollen uns daher nicht ein politisches Machtmittel nehmen lassen und dadurch uns selbst um unsere Inhalte beschneiden. Übrigens, ein legales Lokalradio heißt auch: Anmeldung, Namen, Adressen, Strukturen – heißt Kontrolle!

Was wir wollen

Uns schwebt eine Arbeit vor, die weder Selbstzensur bedeutet, noch Verzicht auf politische Bedeutung. Für uns heißt das im Moment, daß die Basis, die das Radio trägt, größer werden muß, daß die Sendezeit vergrößert werden muß und daß die technische Qualität erheblich verbessert werden muß.
Langfristig wollen wir die positiven Seiten eines legalen Radios nutzen, ohne der staatlichen Kontrolle zu unterliegen. Dies setzt eine starke Bewegung partiell oder insgesamt voraus, die aufgrund ihrer Stärke jeglichen Zugriff auf den Sender verhindern kann. Insofern sind die Möglichkeiten eines illegalen Radios natürlich unmittelbar abhängig von der Stärke einer linken Bewegung. Wir brauchen mit einer solchen Idee jedoch nicht bis zum Sanktnimmerleistag zu warten, bis eine Bewegung auf Dauer diese Stärke hat. Es reicht auch, für eine begrenzte Zeit im Schutze dieser Bewegung zu senden, so wie es z.B. Radio Zebra für Brokdorf bei der großen Demonstration am 28.2.81 schon getan hat. Es kann aber auch anläßlich einer Veranstaltung, eines Festes oder sonst einer günstigen Gelegenheit sein. Danach wird dann erstmal wieder verdeckt gesendet, bis sich andere Möglichkeiten ergeben.
Wir bleiben dabei: Wir machen keine Konzessionen, und wir wollen auch keine! Den besten Schutz und die größte Berechtigung werden die freien Radios erhalten, wenn in jeder Stadt, in jedem Dorf usw. ein Radio besteht, ohne nach Legalisierung zu schielen, sondern für freie Kommunikation zu kämpfen. Für etwas zu kämpfen, was den Herrschenden nicht gefällt, war schon immer gefährlich und mit Verfolgung verbunden. Doch der Kampf geht weiter!